

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2012  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 25.04.2012  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Antrag des gesamtstädtischen Jugendrates auf Einrichtung einer öffentlich nutzbaren Grillstelle im Ennepepark  
Anlage
5. Bündnis für Familien
6. Haushaltsplanberatungen 2012/2013
7. Stellenplan 2012/2013 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das Jobcenter Hagen  
Vorlage: 0289/2012
8. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
  - 8.1. Situation Friedrich-Harkort-Grundschule
9. Mietobjekt Kindertageseinrichtung Tondernstr. 22/24  
Vorlage: 0290/2012
10. Spielplatzpaten in der Öffentlichkeit  
Vorlage: 0292/2012
11. Wiederverwendung von Spielgeräten nach Rückbau von Spielplätzen  
Vorlage: 0550/2011
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass die Tagesordnung auf Wunsch von Frau Klos-Eckermann um einen Punkt erweitert werden solle.

Frau Klos-Eckermann bittet, die Tagesordnung um einen möglichen Punkt 8.1 - Situation Friedrich-Harkort-Grundschule - zu erweitern. Sie erläutert die Gründe für diesen Antrag.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Strüwer zählt die Namen der entschuldigten JHA-Mitglieder auf, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen können.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber berichtet, dass zurzeit eine Befragung aller 4000 Hagener Eltern zum Thema U-3-Betreuung laufe. Man nutze die Möglichkeit, die Antworten durch eine Agentur auswerten zu lassen. Damit sei man zukünftig besser vorbereitet auf den tatsächlichen U-3-Bedarf.

Die Stadt Hagen habe sich zusammen mit zehn anderen Städten einer Verfassungsbeschwerde gegen die Bundesrepublik Hagen angeschlossen, in der man sich gegen die unmittelbare Aufgabenübertragung durch den Bund für Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes für Empfänger nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz wehre.

Herr Goldbach weist auf die Integrationskonferenz hin, die am kommenden Samstag ab 10.00 Uhr im Ratssaal stattfindet. Dort würde der Entwurf des Integrationskonzeptes präsentiert und diskutiert.

Frau Schmieta nimmt Bezug auf eine Anfrage aus der letzten Sitzung des JHA, bei der es um die Anzahl der Fälle von sexuellem Missbrauch gegangen sei, die dem ASD bekannt seien. Im letzten Jahr seien im ASD 56 Fälle bekannt geworden, die von Gewalt betroffen gewesen seien. Aus der Kinderschutzam-



bilanz seien 32 Fälle und aus der Erziehungsberatung 18 Fälle bekannt geworden. Diese Zahlen könnten jedoch nicht aufaddiert werden, da es dort Überschneidungen gebe.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man immer unterscheiden müsse zwischen den Fällen, in denen lediglich Verdachtsmomente vorlägen und denen, wo sich der Verdacht erhärtet habe. Wie seien die 56 Fälle dahingehend zu bewerten?

Frau Schmieta antwortet, dass es hier um 56 Verdachtsfälle handele.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Schmieta für den Bericht. Vielleicht könne man diesen Bereich im Gesamtzusammenhang der Erziehungshilfen noch einmal im Ausschuss aufgreifen.

Herr Losch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass am 28. Mai auf dem Friedrich-Ebert-Platz eine Kundgebung stattfinde, die sich gegen sexuellen Missbrauch an Kindern richte. Er würde sich freuen, wenn es dort eine rege Beteiligung auch von Seiten der Ausschussmitglieder gebe.

Die Schriftführerin Frau Hogrebe berichtet, dass Frau Biedermann und Herr Feuerstack in der heutigen Sitzung nicht anwesend seien, weil die Aids-Hilfe ihr 25-jähriges Jubiläum feiere. Die Feier finde im Sparkassen-Karree statt und die Ausschussmitglieder seien im Anschluss an die Sitzung herzlich dazu eingeladen.

Frau Burghardt gibt bekannt, dass das Haus für Kinder und das Mehrgenerationenhaus am 15.05.2012 5 Jahre alt werde. Sie lade alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dazu ein, aus diesem Anlass am Dienstag, dem 15. Mai ab 11.00 Uhr den Geburtstag mitzufeiern.

### **3. Anliegen der Jugendräte**

Frau Borggräfe teilt mit, dass es neben dem unter TOP 4 zu behandelnden Thema nicht Neues aus den Jugendräten zu berichten gebe.

### **4. Antrag des gesamtstädtischen Jugendrates auf Einrichtung einer öffentlich nutzbaren Grillstelle im Ennepepark Anlage**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Borggräfe erläutert das Anliegen des gesamtstädtischen Jugendrates.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es schon Überlegungen gegeben habe, wie



die Finanzierung und Betreuung aussehen könne. Oder habe es sich lediglich um eine Anregung gehandelt, die man in der Hoffnung an die Bezirksvertretung Haspe weitergeleitet habe, dass diese den Vorschlag wohlwollend begleite und Vorschläge bezüglich Realisierung und Finanzierung mache?

Frau Borggräfe bestätigt diese Annahme.

Herr Losch berichtet, dass der Jugendrat Haspe 500 € von der Bezirksvertretung Haspe zur Verfügung gestellt bekommen habe. Dort sei die Idee in den Raum gestellt worden, ob man Interesse an einem solchen Grillplatz habe. Er richtet die Frage an die Verwaltung, ob diese bereits recherchiert habe, ob es in den Nachbarstädten Erfahrungen zu diesem Thema gebe.

Herr Goldbach erklärt, dass es Nachbarstädte gebe, die öffentliche Grillplätze betrieben. Diese müssten angemeldet werden. Es entstünden Kosten von ca. 30 - 40 €.

Erfahrungsgemäß würden die Plätze nicht nur von denjenigen genutzt, für die sie bereitgestellt worden seien, sondern auch von vielen anderen. Bezogen auf Hagen gebe es einige Ämter, die beteiligt werden müssten. In dem Fall wären die Wirtschaftsbetriebe zu beauftragen. Das ganze Verfahren sei sehr kompliziert. Er würde gern wissen, wer genau der Nutzer sein solle. Man habe in Haspe auf dem Abenteuerspielplatz eine Feuer- und Grillstelle, die nutzbar sei. Diese könnte Jugendlichen auch mit einer entsprechenden Vereinbarung zugänglich gemacht werden. Das sei dann natürlich kein Angebot für die breite Öffentlichkeit. Das sei eine realistische Möglichkeit, das Anliegen umzusetzen.

Herr Reinke dankt für den Vorschlag. Die CDU-Fraktion unterstütze das Anliegen der Jugendlichen. Er halte den Vorschlag von Herrn Goldbach für geeignet, das Vorhaben umzusetzen.

Herr Strüwer schlägt vor, die Jugendverwaltung zu bitten, mit den Jugendlichen des Jugendrats Haspe über den gemachten Vorschlag zu sprechen, ob man mit einem relativ einfachen Kompromiss dem Anliegen der Jugendlichen gerecht werden könne. Er fragt, ob die Vertreter des Jugendrats mit diesem Verfahren einverstanden seien.

Frau Borggräfe hält den gemachten Vorschlag für eine gute Lösung und verspricht, diesbezüglich Kontakt mit den Jugendlichen aufzunehmen.

Herr Strüwer hielte es auch für eine gute Idee, wenn die Jugendratsvertreter das Verfahren begleiten könnten, so dass man auch eine Rückkoppelung in den Ausschuss habe.

Herr Losch schlägt vor, dass der Jugendrat Haspe ggf. die Patenschaft für den Grillplatz in Haspe übernehme. Die Mitglieder suchten nach einem Platz, wo sie sich regelmäßig treffen könnten. Vielleicht könne man diese beiden Anliegen verbinden.

Herr Strüwer bittet, in der nächsten Sitzung über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.



**5. Bündnis für Familien**

entfällt

**6. Haushaltsplanberatungen 2012/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer sagt ein paar einleitende Worte zu den Haushaltsplanberatungen 2012/2013. In der morgigen Ratssitzung werde noch ein Haushaltssicherungsplan eingebracht, mit dem noch eine Summe von rund 15 Millionen € eingespart werden solle. Diese Vorgabe hänge mit den Leistungen aus dem Stärkungspakt zusammen. Es sei daher möglich, dass in dem morgigen Gesamtpaket noch Maßnahmen auftauchen, die Auswirkungen auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf im Jugendbereich hätten. Aus diesem Grund könne man in der heutigen Sitzung nur auf der Grundlage dessen, was vorliege, zu einer Beratung und erst in der nächsten Sitzung nach der Beratung des Haushaltssicherungsplans zu einer Entscheidung kommen. Er schlägt vor, die Teilpläne nacheinander zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden.

Frau Walter erläutert auf Bitte von Herrn Strüwer die Rahmenbedingungen des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes.

Herr Strüwer richtet die Frage an Herrn Dr. Schmidt, ob es so sei, dass in Kenntnis der Konsolidierungsbemühungen des Jugendhilfeausschusses in den letzten Jahren bei der Beratung des Haushaltssanierungsplans der Bereich der Jugendhilfe nur sehr begrenzt herangezogen worden sei.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass der Ausschuss die Haushaltsplanberatungen wahrscheinlich so zu Ende führe, wie man in der heutigen Sitzung eingestiegen sei. Eine positive Nachricht sei, dass man dem Schulausschuss bezüglich der Verwendung der Bildungspauschale vorschlagen werde, in den nächsten zwei bis drei Jahren mehrere Millionen Euro für den U-3-Ausbau zur Verfügung zu stellen.

Es erfolgt eine intensive Diskussion folgender Teilpläne:

**1.21.42 Fördermaßnahmen für Schüler**

**1.31.41 Unterhaltsvorschussleistungen**

**1.36.10 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**



### **1.36.20 Jugendarbeit**

Herr Goldbach weist darauf hin, dass sich der Bereich der Jugendarbeit auch im Teilplan 1.36.60 wiederfände. Die erheblich erhöhten Transferaufwendungen im Teilplan 1.36.30 stünden erheblich verminderten Personalaufwendungen im Teilplan 1.36.60 gegenüber. Das habe mit der Umsetzung des Jugendförderplans im Rahmen der Verlagerung von Aufgaben der Stadt auf freie Träger zu tun.

### **1.36.30 Sonstigen Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien**

Herr Strüwer weist auf die konstante Erhöhung der Erziehungshilfen hin und fragt in diesem Zusammenhang, ob diese Ausgabenentwicklung mit Präventivmaßnahmen zu stoppen sei.

Herr Steuber macht deutlich, dass Hagen mit dieser Entwicklung der Erziehungshilfen nicht allein dastünde. Es gebe einen bundesweiten Trend, dass Fallzahlen und Hilfen zur Erziehung stiegen. In Hagen gebe es einen überproportionalen Anteil von SGB-II- Empfängern. Da sei ein deutlicher Zusammenhang gegeben. Man versuche durch Veränderungen interner Prozesse, das Fallaufkommen zu verbessern. Auch in Bezug auf die Personalentwicklung versuche man, mehrere Mitarbeiter dahingehend auszubilden. In der letzten Zeit seien viele junge Mitarbeiter nach ihrer Fachhochschulausbildung neu in den ASD hinzugekommen. Diese gingen mit einer anderen ganzheitlichen Herangehensweise an die Beurteilung von Bedarfen innerhalb der Familie. Dadurch wolle man einen anderen Blickwinkel erzeugen.

Außerdem seien Mittel aus dem Bundeskinderschutzgesetz für einen Ausbau der präventiven Hilfen in Höhe von 450.000 € vorgesehen. Immer noch unbekannt sei, in welcher Höhe die Stadt Hagen durch den Bund und das Land Zuschüsse erhalte.

Insgesamt sei festzuhalten, dass es eine ganze Menge von Ideen und Maßnahmen gebe, die dazu beitragen könnten, diesen Trend zu bremsen.

### **1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder**

Herr Steuber macht darauf aufmerksam, dass sich die Kommunen, die den U-3-Ausbau nicht schaffen würden, darauf einstellen müssten, dass Schadensersatzansprüche seitens der Eltern geltend gemacht würden.

### **1.36.60 Einrichtungen der Jugendarbeit**

Herr Strüwer weist darauf hin, dass in diesem Bereich mit einem relativ geringen Betrag gute Leistungen gebracht würden.

### **1.36.70 Sonstige Einrichtungen für jungen Menschen / Familien**



### 1.36.80 Leistungen nach Bundeselterngeld- u. zeitgesetz

#### 1.41.11 Gemeindenahe Therapie

Herr Goldbach macht deutlich, dass dieser Teilplan nicht mehr beplant worden sei, da die Trägerschaft ab 01.01.2011 auf die AWO übergegangen sei.

#### 1.51.13 Projekte Soziale Stadt Hagen

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Entwurf des Doppelhaushaltes 2012/2013 in erster Lesung zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

## 7. **Stellenplan 2012/2013 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das Jobcenter Hagen** **Vorlage: 0289/2012**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber erläutert den vorliegenden Stellenplan.

Herr Strüwer erinnert daran, dass man in einer der letzten Sitzungen über die Situation der Mitarbeiter/innen in den Kindertagesstätten gesprochen habe. Dies sei zum Anlass genommen worden, mit der sogenannten Lenkungsgruppe bei der Stadt Hagen die Situation nochmals zu beraten. Seitens des Oberbürgermeisters sei zugesagt worden, mit der Fachverwaltung eine Einzelanalyse vorzunehmen, wie die Gesamtsituation sei und zu schauen, inwieweit die Möglichkeit bestehe, derzeit noch befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umzuwandeln. Das sei natürlich in diesem Stellenplan noch nicht abgebildet. Man werde diese Thematik auch noch einmal im Ausschuss aufgreifen.



Herr Losch möchte im Bezug auf den Stellenplan wissen, wie viel Geld unterm Strich dabei eingespart würde.

Herr Steuber macht deutlich, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst aus Tabellen entnommen werden könnten. Er schlägt vor, zur Orientierung diese Werte dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Dr. Brauers weist darauf hin, dass einige Stellen auch refinanziert würden. Für das Jahr 2011 könne er sagen, dass die Personaleinsparungen alle Lohn-erhöhungen und zusätzliche Stellen unter Außerachtlassung der Refinanzierung genau deckten. Das bedeute, dass die Refinanzierung die Einsparung sei. In der Zukunft werde es so sein, dass die Einsparungen noch größer seien als alles andere. Es bleibe unterm Strich definitiv eine schwarze Zahl, die eingespart würde. Das werde zum Ende des Konsolidierungszeitraums eine sieben-stellige Summe sein.

Herr Reinke erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Stellenplan zustimmen werde.

Herr Dr. Schmidt merkt an, dass Herr Strüwer ihm gerade mitgeteilt habe, dass es aufgrund der besonderen rechtlichen Stellung des Jugendhilfeausschusses möglicherweise besser sei, den Stellenplan zu beschließen und nicht, wie vorgesehen, nur zur Kenntnis zu nehmen. Er rate, den Vorschlag aufzugreifen.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Stellenplan 2012/2013 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das Jobcenter Hagen zu.

Die Vorlage wird zum 26.04.2012 realisiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>



## 8. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet zum aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen.

Zum Thema "Inklusion" teilt sie mit, dass sich die Träger verständigt hätten, für Hagen für den Kita-Bereich ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Nach der Sommerpause würde dem Ausschuss ein erstes Praxis-Entwicklungs-Konzept von der Träger-Arbeitsgruppe zur Diskussion vorgelegt.

Herr Strüwer erinnert daran, dass im Ausschuss darüber beraten worden sei, ob es Sinn mache, bestimmte Schwerpunkte für inklusives Arbeiten in einzelnen Kindertageseinrichtungen zu praktizieren. Kinder mit Handicap sollten in einem Kindergarten zusammenzufassen werden, um sie optimal fördern zu können.

Frau Haack erwidert, dass es genau darum gehen werde. Die Überlegung sei die, in jedem Stadtbezirk einen therapeutischen Kindergarten einzurichten.

Anschließend stellt Frau Haack den aktuellen Stand zum U-3-Ausbau vor (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Dr. Schmidt ergänzt die Ausführungen und erklärt, dass man davon überzeugt sei, dass nicht alle Mittel im Schulbereich abfließen. Man hoffe daher, dass man damit die Kita-Mittel erhöhen könne. Das werde im Moment diskutiert. Es gebe eine vorläufige Auffassung der Verwaltung, die dem Schulausschuss unterbreitet werde.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass die Platzgarantie ab 01.08.2013 gelte.

Herr Dr. Schmidt macht darauf aufmerksam, dass man dabei sei, Partner zu gewinnen, die in den Invest gingen. Die Summe der geschätzten Kosten von 10.750.000 € könne man allein nicht stemmen.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es bei der Suche nur um Investoren gehe oder um eine mögliche Kombination von Investor und möglichem Träger.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass beides denkbar sei.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es auch entscheidend sei, wie sich die Tagespflge entwickelt. Möglicherweise müsse man die Rahmenbedingungen nachbessern, um mehr Familien auch in dem Bereich Möglichkeiten zu eröffnen.

Herr Dr. Schmidt informiert den Ausschuss darüber, dass man die Kindertagesstätte Eschenweg gerade mit K-2-Mitteln frisch restauriert habe. Nun sei festgestellt worden, dass dieser auf einer bis dahin nicht bekannten Deponie ge-



baut worden sei. Man habe dort bei Luftmessungen einen erheblichen Anteil des gesundheitsschädlichen Stoffes Tetrachlorethen festgestellt. Man habe Messungen im Kindertagesbereich vorgenommen, die bestätigten, dass der Betrieb allerdings gefahrlos weiterbetrieben werden könne. Man habe vor, einen Neubau an das Gebäude zu setzen. Das bedeute, dass man dabei die Altlast angreife. Man habe in den letzten Wochen mit den Gutachtern beraten und neu gemessen und sei heute Morgen zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen, dass man einen dauerhaften Betrieb dort nur mit technischen Maßnahmen gewährleisten könne. Von Seiten der Eltern werde ein Dauerbetrieb wahrscheinlich nicht toleriert. Das habe eine Verlagerung von 75 bis 80 Kindern zur Folge. Der Neubau müsse an anderer Stelle erfolgen. Es sei eine Herausforderung, die Planungen dahingehend umzustellen. Die Fraktionen seien vor Ostern schriftlich informiert worden. Die Messdaten würden dem Protokoll als Anlage beigefügt (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**).

Der Übergang bezüglich der Unterbringung der Kinder sei gewährleistet.

Frau Helling möchte wissen, ob dort vor Errichtung des Gebäudes nie Messungen durchgeführt worden seien.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass das vor 40 Jahren noch nicht üblich gewesen sei.

Herr Strüwer bittet, auf das Thema „Tagespflege“ zurückzukommen.

Herr Steuber macht deutlich, dass die Tagespflege in der Kindertagesbetreuung für die Verwaltung ein gleichwertiges Standbein sei. Das gelte nicht nur für die gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch im Hinblick auf die qualitativen Angebote in Hagen. Man versuche seit einigen Jahren zusammen mit Trägern, dieses Angebot in Hagen zu stärken. Zurzeit gebe es 155 Tagesmütter, die 218 Tagespflegekinder betreuten. Es gebe aber 48 Tagesmütter, die kein Kind betreuten. Die Nachfrage sei zu gering. Das zeige, dass man in der Bevölkerung dafür werben müsse, dass Tagespflege ein adäquates Angebot sei. Das werde im nächsten Jahr noch an Wichtigkeit zunehmen, je mehr U-3-Plätze fehlen würden. Man habe neben vielen anderen Aktionen Flyer und Broschüren herausgegeben. Einige davon seien heute zur Ansicht auf den Tischen verteilt worden. Es werde demnächst einen konzeptionellen Entwurf geben, an dem die Fachverwaltung gemeinsam mit den freien Trägern arbeite. Es stelle sich die Frage, ob man darüber hinaus noch ein professionelleres Standbein in Form von Profi-Pflegestellen einfügen müsse. Gegebenenfalls müsse man sich auch noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob die Entlohnung für Tagesmütter zu niedrig sei. Der Betrag von 4 Euro in Hagen sei sicher noch erweiterungsfähig.

Frau Versteeg-Schulte fügt hinzu, dass derzeit ein Rückzugsverhalten von Tagesmüttern zu erkennen sei. Das bedürfe noch einer eingehenden Betrachtung. Im Juni solle dem Ausschuss ein entsprechendes Konzept vorgelegt werden.

Herr Koslowski bestätigt die Ausführungen aus Sicht des Trägers. Er gehe davon aus, dass es möglich sei, das Angebot für beide Seiten attraktiver zu gestalten.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass in Hagen derzeit die Gemeindeprüfungsanstalt



tätig sei.

Diese würde auf Bitte der Stadt Hagen die Einflussmöglichkeiten dahingehend überprüfen, dass die Stundensätze in den verschiedenen Kommunen und die damit erzielten Erfolge verglichen würden.

Herr Strüwer möchte wissen, ob den Eltern bei der Entscheidung für die Betreuung durch eine Tagesmutter der gleiche zeitliche Anteil bei gleichen finanziellen Bedingungen wie in der Kindertagesstätte garantiert werden könne.

Diese Frage wird von Frau Versteeg-Schulte bejaht. Gerade diese individuelle Gestaltung werde hier geboten.

Herr Strüwer macht deutlich, dass die Eltern, für die die Tagespflege nicht in Frage käme, in dem Fall keinen Rechtsanspruch geltend machen könnten, weil man ihnen ein adäquates Angebot unterbreitet habe.

Herr Steuber betont, dass beide Angebotsformen gleichwertig nach dem Gesetz seien.

## 8.1. Situation Friedrich-Harkort-Grundschule

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass man in der Schulentwicklungsplanung das Thema „Kindertagesstätte in Grundschule“ verstärkt aufgegriffen habe. Man stehe in intensiven Gesprächen mit der Friedrich-Harkort-Grundschule in Haspe und auch mit der Bolohschule. Der Schulausschuss habe in der gestrigen Sitzung die Verwaltung beauftragt, die Planungen in den beiden Schulen umzusetzen.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass es ihr wichtig sei, dass in der heutigen Sitzung ein entsprechender Beschluss des JHA gefasst würde und nicht zu warten, bis die Schulentwicklungsplanung im Sommer abgeschlossen sei. Ihr sei seitens der Verwaltung zugesichert worden, dass dort zusätzliche U-3-Plätze realisiert würden.

Herr Losch erinnert daran, dass es seitens des Schulleiters Bedenken und Einwände gegen das Projekt gegeben habe. Seien diese ausgeräumt?

Herr Dr. Schmidt erwidert, dass das keineswegs der Fall sei.

Herr Strüwer stellt fest, dass man sich mitten in der Schulentwicklungsplanung befände. Diese lege fest, welche Grundschulen in welchem Umfang weiterhin am Start seien oder auch mit einer geringeren Zügigkeit weiter arbeiteten. Daraus ergebe sich die Möglichkeit, möglicherweise zusätzlich eine Kita-Einrichtung unterzubringen. Zur Grundschule Boloh habe er erfahren, dass das



Projekt möglich und gewünscht sei.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass die Schulleiterin dem Thema gegenüber weitaus aufgeschlossener sei als ihr Kollege aus Haspe.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die angesprochene Grundschule Boloh gemäß der Prioritätenliste der Jugendhilfeplanung nicht an vorderster Front läge, sondern eher weit hinten stünde. Man habe Quartiere, in denen man den Bedarf weitaus dringlicher realisieren wolle. Es handele sich hier um eine funktionale Betrachtung.

Frau Versteeg-Schulte berichtet, dass es inzwischen neue Pläne gebe, die jedoch der Schule noch nicht vorgesellt worden seien. Darüber hinaus müsse man die Einrichtung am Jungfernbruch aufgeben.

Herr Reinke zeigt sich überrascht, da ihm zum Thema Harkort-Schule vor einiger Zeit auf Nachfrage geantwortet worden sei, dass man nicht unter Zeitdruck stünde. Nun werde mündlich vorgetragen, dass man die Realisierung an zwei Standorten vornehmen wolle. Er persönlich stehe dem Thema „Kitas in Grundschulen“ eher skeptisch gegenüber. Er fühle sich überrumpelt und nicht in der Lage, heute dazu eine Entscheidung zu treffen.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass man einen endgültigen Beschluss benötige. Da man sich in Gesprächen befinde, würde das die Sache auch gegenüber den Schulleitungen Gewicht verleihen und die Sache ggf. beschleunigen. Er teile die Skepsis von Herrn Reinke in gewissem Umfang. Dennoch sei es sinnvoll, das Vorhaben an einigen Standorten zu realisieren. Einen Auftrag an die Verwaltung halte er für richtig.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass ihr vordringlichstes Interesse nicht in Richtung Boloh gehe. Ihr Wunsch gehe erst einmal in Richtung Realisierung Friedrich-Harkort-Grundschule. Man stehe unter einem eklatanten Druck, was den U-3-Ausbau angehe. Aufgrund dieser zügig zu realisierenden Maßnahme könnten 10 zusätzliche U-3-Plätze geschaffen werden. Das sei die Triebkraft für ihren Antrag gewesen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass es Sinn mache, dass bei einem solchem Projekt Jugendhilfe und Schule an einem Strang zögen. Es sei außerordentlich wichtig, dass man versuche, eine Einvernehmlichkeit herzustellen. Er sei nicht sicher, ob es sinnvoll sei, zusätzlich zu dem gestrigen Beschluss des Schulausschusses eine zusätzliche Festlegung des JHA zu treffen. Fakt sei, dass die Verwaltung daran arbeite. Man habe zum Ausdruck gebracht, dass man mehr U-3-Plätze und reguläre Kindergartenplätze brauche. Es sei wichtig, dass ein entsprechendes Konzept vorgelegt werde, wenn die Verwaltung weiter daran gearbeitet habe. Er halte es für sinnvoll, die Beschlüsse erst dann zu fassen, wenn man so weit sei. Man könne heute darüber entscheiden, ob hier überhaupt eine Entscheidung getroffen werden solle.

Frau Köppen hält es für sinnvoll, ein Signal zu senden, dass der Jugendhilfe-



ausschuss gut fände, dass die Verwaltung in diese Richtung arbeite. Man drücke doch durch einen solchen Beschluss aus, dass Jugendhilfe und Schule auf einem gemeinsamen Weg seien.

Frau Klos-Eckermann liest den Beschluss des Schulausschusses vor.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag im Sinne der Beratung und stellt diesen zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Friedrich-Harkort-Grundschule und beauftragt die Verwaltung, weiterhin zu planen und Gespräche mit der Schule zu führen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>12</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

## **9. Mietobjekt Kindertageseinrichtung Tondernstr. 22/24 Vorlage: 0290/2012**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke formuliert zwei Fragen. Die erste Frage bezöge sich auf das Datum der Mietzeit, beginnend mit dem Übergabetag April 2013. Das Kindergartenjahr beginne ja bekanntlich erst am 01. August. Müsse dann für die vier Monate Miete gezahlt werden, obwohl die Einrichtung nicht genutzt werde? Die zweite Frage betreffe die Anpassung der Mietzahlung über 25 Jahre. Sei dieses Verfahren so üblich? Gebe es vergleichbare Verträge?

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass der Zeitpunkt April 2013 danach gewählt sei, was im Moment absehbar sei. Es sei wahrscheinlich, dass die Umbaumaßnahmen noch länger dauerten. April 2013 sei eine Zielgröße, um das auch rechnerisch darstellen zu können. Die auf Seite 3 aufgeführten Mietvereinbarungen seien Part der Liegenschaftsverwaltung.



Herr Strüwer bittet die Verwaltung, bezüglich der Ausgestaltung der Miete noch mal mit der Liegenschaftsverwaltung Kontakt aufzunehmen und zu klären, ob eine solche Vereinbarung mit den Mieterhöhungen üblich sei. Nach Möglichkeit solle ein Vergleich mit einer anderen Kita-Einrichtung erfolgen. Es sei auch wichtig, den Mietbeginn so auszurichten, dass der Mietzins für ungenutzte Zeit möglichst gering sei. Da sollten entsprechende Vereinbarungen mit dem Vermieter getroffen werden.

Herr Steuber ist der Meinung, dass man das auf sich zukommen lassen solle. Man wisse ja, dass man in diesem Jahr 300 Kinder nicht habe aufnehmen können, für die nachgefragt worden sei. Ein paar Monate könnten für Eltern, die einen Platz suchten, recht relevant sein. Für die Verwaltung sei positiv, dass das zuständige Ministerium mitgeteilt habe, dass auch bei unterjährigen Aufnahmen die Kindpauschalen gezahlt würden. Das sei wichtig, dass das auch anteilig passieren könne. Entscheidend sei hier gewesen, dass man sich mit dem Mietzins unterhalb des Durchführungsgesetzes zum KiBiz bewege. Von daher sei das mit der Re-Finanzierung akzeptabel in der Höhe.

Frau Haack ergänzt die Ausführungen von Herrn Steuber. Wenn die Einrichtung früher fertig werde, müssten die Bestandskinder die Einrichtung für die Zeit des Umbaus verlassen. In der Zwischenzeit müsse man ein Provisorium finanzieren. Je schneller die Einrichtung fertig sei, umso besser sei das. Der Mietvertrag bezöge sich natürlich auf die ganze Einrichtung. Selbst wenn man die Kinder erst im April aufnehme, würden diese Plätze für das gesamte zurückliegende Jahr refinanziert.

Herr Strüwer erklärt, dass ihn die Ausführungen überzeugen.

Herr Reinke macht deutlich, dass er nach den Informationen davon ausgegangen sei, dass die Einrichtung bereits in diesem Jahr fertig werde. Daher sei er von dem genannten Termin überrascht gewesen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man vor dem Hintergrund der Ausführungen zu einer Entscheidung kommen könne und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Mit der ha.ge.we. Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH, Neumarktstr. 1a/1b, 58095 Hagen, wird ein Mietvertrag im Rahmen des in der Begründung dargestellten Angebotes über die Anmietung der erweiterten Kindertageseinrichtung Tondernstr. 22/24 geschlossen.

Dieser Beschluss wird bis zum 30.06.2012 umgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**



Einstimmig beschlossen  
Dafür: 11  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**10. Spielplatzpaten in der Öffentlichkeit**  
**Vorlage: 0292/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Helling macht deutlich, dass sie das für absurd halte. Der Grund, warum jemand Spielplatzpate würde, sei der, die Stadt entlasten zu wollen. Nun würde man für diese Paten ein Fest feiern und es würden Kosten für die Stadt entstehen. Sie schlägt vor, andere Alternativen zu finden, um die Paten zu würdigen.

Herr Losch berichtet, dass ein solches Fest bereits in der Friedrich-Harkort-Grundschule stattgefunden habe. Die Kosten hierfür habe der Eilper Verband übernommen. Er gehe davon aus, dass das hier wieder so sein werde. Er stellt die Frage an den Jugendrat, ob das so sei.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass Ehrenamt nicht zum Nulltarif zu haben sei. Ihr gehe es grundsätzlich um Ehrenamt, das sehr wichtig sei. In diesem Fall könne sie die Ausschussmitglieder beruhigen. Das Fest koste die Stadt nichts. Die Kosten würden vom Kinderschutzbund übernommen. Der Kinderschutzbund sei jetzt offiziell Spielplatzpate. Eigentlich sei man das schon, seit man in dem Haus sei. Das Fest werde stattfinden am 13. Juli um 15.00 Uhr.

**11. Wiederverwendung von Spielgeräten nach Rückbau von Spielplätzen**  
**Vorlage: 0550/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist auf die Beschlüsse der Bezirksvertretungen hin, die zu dieser Vorlage gefasst worden seien.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Strüwer schlägt vor, die Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen zu berücksichtigen und stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der vorgeschlagenen Wiederverwendung der abgebauten Spielgeräte wird **unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Bezirksvertretungen** zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>11</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

**12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Frau Burghardt hat die Frage, ob es zukünftig möglich sei, die Tagesordnung dahingehend umzustellen, dass mögliche für Jugendliche interessante Themen vorgezogen würden, damit die Jugendräte nicht der ganzen Sitzung beiwohnen müssten.

Herr Strüwer macht deutlich, dass er sehr darauf achte, möglichst zusammenhängende Themen zusammenzufassen. Man sehe an der heutigen Tagesordnung, dass der Antrag der Jugendräte ganz vorn platziert sei. Andererseits müsse er auch darauf achten, dass Gäste und Mitarbeiter anderer Ämter –wie heute Frau Walter- möglichst zügig an die Reihe kämen, um nicht deren Zeit zu blockieren. Er sagt zu, den Hinweis von Frau Burghardt zukünftig zu berücksichtigen. Bei Durchsicht der bisherigen Tagesordnungen werde sie jedoch feststellen, dass die Tagesordnungen im Interesse der Beteiligten aufgestellt worden seien.

Ende des öffentlichem Teiles: 18.30 Uhr

gez. Willi Strüwer  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin

